



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Annexion und die Universitäten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Annexion und die Universitäten.

Die milde Antwort, welche König Wilhelm der ritterschaftlichen Deputation aus Hannover ertheilte, war nicht nur für die Bevölkerung der einverleibten Landschaften gesprochen, sie war auch vor der öffentlichen Meinung Europas, der großen Jury, eine feierliche Darlegung der Gesinnung, in welcher die preussische Regierung neues Gebiet an altpreussisches schließt. Den Junkertrog der Niedersachsen vermochte die königliche Rede nicht zu beugen. Für diese Herren haben die Preußen noch eine andere Antwort bereit, und es wird gut sein, wenn sie dieselbe recht oft hören. Sie waren sämtlich längst Preußen, ohne es zu wissen; sie waren längst untreue Hintersassen in dem großen deutschen Staat, wenn sie ihre Söhne in die österreichische Armee schickten, und sie waren längst gemeinschädliche Sonderbündler, wenn sie als Beamte und Hofdiener dem Hochmuth ihrer kleinen Fürsten schmeichelten und den Separatismus ihrer Welfen- und Rattenhäuptlinge beförderten. So weit die Junker von Hannover Theil haben an unserer Bildung, an deutscher Eigenart und den Wohlthaten moderner Civilisation, sind sie dafür in erster Linie Preußen zum Danke verpflichtet. Denn seit 1815 hat nur die Existenz dieses Staats sie davor bewahrt, Franzosen oder Kosaken zu werden. Möglich, daß manchem von ihnen diese Veränderung kein übergroßes Herzeleid gewesen wäre. Wer aber unter ihnen in Wahrheit einen hannoverischen Stolz hat, der soll jetzt daran denken, daß dies patriotische Gefühl ihm längst abhanden gekommen wäre, wenn der militärische Schutz deutscher Sprache, deutscher Literatur und deutscher Volksart von der Armee eines Kurfürsten von Mainz und Köln und von der Hausmacht der gebietenden Herren vom weißen Roß und doppelschwänzigen Löwen abgehangen

hätte. Daß die Landherren aus Hannover nicht als verbauerte Junker unter einem fremden Gebieter sitzen, oder an fremdem Kaiserhofe antichambriren, daß ihnen erlaubt ist, in deutscher Sprache unhöflich zu sein, daß ihnen ferner Eisenbahnen und freier Verkehr über die Landesgrenzen alle Früchte in das Haus befördern, welche in der Sonne moderner Cultur reifen, das verdanken sie vor allem dem Schutz, welchen der preußische Staat ihrer Sonderexistenz bis jetzt gewährt hat, der Entwicklung der deutschen realen Interessen im Zollverein und dem freudigen Selbstgefühl der deutschen Kunst und Wissenschaft, welche unter dem bewaffneten Schutze Preußens aufblühte.

Auch das Mitgefühl kann man der mißvergnügten Ritterschaft von Hannover nicht gönnen, welches treue Hingabe selbst dann verdient, wenn sie einem unwürdigen Herrn zu Theil ward. Ohne Zweifel ist mancher von ihnen ebenso romantisch und selbstlos dem vertriebenen Könige zugethan, wie der kleine Mann, der in seiner Kammer für das Wohlergehen eines Landesherrn betet, von dem er nicht weiß, ob er böse oder gut, ob er dem Lande zum Segen oder Fluch ist. Auch der Werth einer solchen Empfindung wird geringer bei dem gebildeten Mann, der verständig die Berechtigung seines Gebieters würdigen soll. Aber in der Regel ist es gar nicht die persönliche Treue, welche an den alten Lehnsherrn band, sondern berechnender Egoismus, der den eigenen Vortheil noch dazu klein erfaßt. Diese Herren waren in sicherem Besitze der Hofchargen, der höchsten Beamten- und Militärstellen, indem sie dienten, regierten sie. Dies Privilegium sehen sie jetzt beeinträchtigt, und darum sind sie unzufrieden. Und doch war ihr Dienst arm an Ruhm. Denn sie waren Diener eines Vasallen. König, Kurfürst, Herzog, welche jetzt vertrieben sind, waren selbst nichts als feindselige und hochmüthige Vasallen Preußens. Nicht ein stürmisches Jahr konnten sie ohne Preußens Schutzherrschaft übersehen, und sie rächten sich für diese Abhängigkeit dadurch, daß sie bei jeder Gelegenheit auf ihr Herrenrecht pochten. Gerade weil sie den Schein der Herrschaft hatten und von dem Wesen so viel, als Preußen und die Eifersucht der Großmächte ihnen gönnte, wurde die Behauptung ihrer Herrenrechte zur fixen Idee ihres Lebens, für die sie urtheilslos alles preisgaben, das Wohl ihres Volkes, das Leben ihrer Soldaten.

Jetzt hat Preußen nicht fremdes Gebiet erobert, es hat nur völlig in die Hand genommen, was seither unter seinem Schutze bestand und durch zu große Langmuth verwöhnt, des Dankes in schöner Weise vergaß. Den Junkern Hannovers wird jetzt die Ehre, Preußen zu heißen. Möglich, daß ihr Urtheil so befangen und ihre Empfindung für nationale Ehre so wenig entwickelt ist, daß sie ihr Lebtag den Aergerniß um Verlorenes nicht überwinden. Ihre Kinder und Nachkommen werden einen besseren Stolz erhalten, als ihre Väter besaßen.

Wir haben nichts dagegen, wenn sie großend bei Seite stehen, mögen sie im Kreise ihrer Gesinnungsgenossen stille Fronde machen gegen die neue Zeit, und in ihren Häusern die Tage zurücksehnen, wo sie zum Welfenhofe fuhren. Aber sie sollen sich hüten, den bösen Willen, den sie im stillen Herzen bewahren, fernerhin bei politischen Acten zu bethätigen. Nicht die Regierung Preußens allein haben sie zu fürchten, diese mag ihnen noch lange kluge Nachsicht gewähren, sie sind jetzt in der ungünstigeren Lage, von unserem Volk aufmerksam und mit Argwohn beobachtet zu werden. Ihr behagliches Stillleben im kleinen Staat hat ein Ende, sie sind vor 26 Millionen Deutschen verantwortlich geworden für ihr politisches Verhalten, und es wird nach dem Aufschwunge, den das Nationalgefühl in diesem Sommer gewonnen hat, eine genaue Controle sein, welche die öffentliche Meinung über sie üben wird.

Es ist wahr, der Weg, auf welchem Preußen den Besitz deutscher Länder durchgesetzt hat, war nicht nach Wunsch und Willen der Völker. Es war demüthigend auch für die Besten, daß deutsche Länder aus einer Herrenhand in die andere übergingen durch Waffengewalt, ohne daß den Völkern gestattet war, bei der Entscheidung über ihre Zukunft mitzurathen. Aber auch dieser Umstand entschuldigt nicht den Widerstand der particularistischen Grundbesitzer in den gewonnenen Ländern. Denn sie waren ihr Lebtag Gegner jeder Partei, welche auf friedlichem Wege die engere Verbindung der deutschen Völker erstrebte und sie wären Gegner deutscher Einheit gewesen, gleichviel wie diese Einheit durch die Parteien und Interessen gefunden worden wäre.

Jetzt wird an dem Wege gearbeitet, auf welchem die gewonnenen Länder mit dem preussischen Staat vereinigt werden sollen. Die Arbeit ist nicht klein, und es ist wohl möglich, daß uns dabei Fehlgriffe nicht erspart werden. Aber so schwierig, als unsere Gegner wünschen, wird diese Vereinigung doch nicht sein. Alle Staaten des deutschen Nordens haben seit zweihundert Jahren durch gemeinsame politische Schicksale, gleichartige Bildung, nahe Verwandtschaft der Stämme eine merkwürdig gleichartige Physiognomie erhalten. Nur Schleswig-Holstein hat mehr Eigenthümlichkeiten. In den übrigen aber sind im sechzehnten Jahrhundert die kursächsischen Verordnungen von Friedrich dem Weisen bis Kurfürst August mit geringen Modificationen Grundlagen der Polizei und Verwaltung geworden, in allen haben die Landesherren auf den Ruinen des dreißigjährigen Krieges ihren Staat gegründet, in allen sind die Rechte und Privilegien der mittelalterlichen Corporationen bis auf wenige Spuren beseitigt, alle wurden Beamtenstaaten, zuerst durch ein Jahrhundert despotisch regiert, dann durch Zeitideen und durch fremde Eroberung humanisirt, endlich mit einer Verfassung beschenkt. In allen kämpfte grade jetzt das junge Verfassungsrecht gegen die Gewöhnung der Fürsten an persönliches Regiment, alle sind grade

jetzt im Uebergang aus dem Beamten- zu freiem Gemeindeleben und selbständiger Organisation der realen Interessen. Alle haben in den wichtigsten Theilen ihrer Gesetzgebung und Verwaltung seit Decennien viele Umbildungen erfahren, die Beamten und das Volk sind gewöhnt, sich in Neues zu finden. Die Gesetzgebung der letzten fünfzig Jahre ist überall unter Einwirkung eines Staates auf den andern erfolgt, schon jetzt sind Gesetze und die Verwaltungsmaschinerie nur an sehr wenigen Stellen grundverschieden.

Die Annäherung wird ferner dadurch erleichtert, daß auch in Preußen Gesetzgebung und Verwaltung in der nächsten Zeit eine lange zurückgehaltene Fortbildung erfahren müssen, die Gemeinde- und Kreisverfassung, die Bezirksregierungen, die Kompetenz der Provinzialstände, ja sogar die Kompetenz des preußischen Landtags müssen geändert werden. Die gesammte Verkehrs-gesetzgebung aber soll jetzt für alle durch die Bundesgewalt neu geordnet werden.

So stehen wir Deutsche sämmtlich vor einer innern Neubildung, welche allen Theilen nöthig ist und überall den Werth des Bestehenden vermindert. Und es ist zu hoffen, daß grade dies gemeinsame Bedürfniß der gesammten Nation und die Größe der Aufgabe den Gebieten, welche jetzt preußisch geworden sind, leichter machen wird, sich in das Ganze einzuleben.

Deshalb werden die Beratungen, welche jetzt in den preußischen Ministerien stattfinden, wahrscheinlich nur den Zweck haben, die Regierungsmaschine in den erworbenen Ländern zu promptem Dienst zu bringen und auffallende Schäden zu tilgen. In Preußen selbst wird Recht nach verschiedenen Gesetzbüchern gesprochen, schon besteht dort der Code neben dem Landrecht, der Hannoveraner wird wie bisher nach gemeinem Recht Urtheil erhalten, der Ostfrieser sich leicht an die Fortbildung gewöhnen, welche das preußische Landrecht erfahren hat, seit er vom preußischen Staat getrennt wurde. Eine neue Gemeinde- und Kreisverfassung wird der Hesse und Nassauer in der nächsten Zukunft gemeinsam mit dem Preußen berathen, ein neues Gewerbe-gesetz wird in dem Parlament von allen Bundesstaaten vereinbart werden.

Prüft man die innern Schwierigkeiten der Vereinigung, so liegen dieselben, soweit unser Verständniß reicht, vornehmlich auf den Gebieten der Steuern und der idealen Interessen. Die Steuerlast ist in den neuen Provinzen nicht deshalb niedriger, weil die Regierung des Kleinstaats weniger leistete und Kosten verursachte, im Gegentheil, die Kosten des Beamtenthums waren größer, nur die des Heeres kleiner. Aber Hannover, Hessen, Nassau und Sachsen, wenn dies hier erwähnt werden darf, haben einen größeren Bruchtheil ihrer Staatseinnahmen aus ihrem Domanalvermögen bezogen, als Preußen. Bergwerke, Forsten, Staatsgüter, in Sachsen die Rente der Staatseisenbahn, haben dem Volke die Steuerlast erleichtert. Jetzt fürchtet die Bevölkerung dieser Länder

vor allem die Einfügung dieser Einnahmequellen in das preussische Budget, als Folge davon eine Erhöhung ihrer Abgaben.

Nun ist selbstverständlich, daß die Bergwerke des Harzes, die Forsten von Nassau und Hessen nicht so von Preußen verwaltet werden können, daß ihre Revenuen ausschließlich den betreffenden Landestheilen zu Gute kommen. Und es ist ferner billig, daß die Bürger der erworbenen Länder die Vortheile, welche ihnen der Großstaat gewährt, ebenso gut bezahlen, als die altpreussischen Provinzen. Aber es ist wohl möglich, in den neuen Ländern für eine Anzahl von Jahren in den directen Steuern, deren Druck am meisten fühlbar wird, eine Bevorzugung eintreten zu lassen, deren Größe sich mit einem zu veranschlagenden Mehrbetrag ihrer Domianialrente balancirt. Vermag man dies zu thun und bei der Erhebung indirecter Steuern den alten Erhebungsmodus beizubehalten, so würde ein Bedenken, welches die Stimmung hier und da verdüstert, wegfallen.

Allerdings, der Segen einer Vereinigung mit Preußen ist fast auf jedem Gebiete des Volksebens nachzuweisen, und wird von den neuen Preußen in kurzer Zeit erkannt werden. Aber ein Gebiet giebt es, wo die größere Centralisation nicht ohne Gefahr ist. Und zwar droht diese Gefahr den umfangreichsten Anstalten für Wissenschaft und Kunst, den Theatern und Universitäten. Man verzeihe, daß diese ungleichartigen Dienstwohnungen der Musen hier neben einander genannt werden, wir gehören zu denen, welche die Bühne trotz der Schwäche ihrer gegenwärtigen Production für ein unentbehrliches Bildungsmittel des Volkes halten, welches der Jugend und dem bescheidenen Manne eine Fülle von Anschauungen, von ethischem Inhalt, von heiterer Betrachtung und von verständigem Urtheil über sociale Verhältnisse beibringt, einen Erwerb, welcher auf keinem andern Wege, weder durch Lehre noch Lectüre so voll in die geöffneten Seelen geleitet werden kann. Sogar da, wo die Theater den Forderungen der schönen Kunst nur sehr unvollständig genügen, behalten sie diese unermessliche bildende Einwirkung auf die Seelen, so lange ein ehrliches Streben und Anstand in ihnen nicht verloren ist. Die Hoftheater von Hannover und Kassel dürfen von der preussischen Regierung nicht ihrem Schicksal überlassen werden. Sie vermögen beide ohne Dotation nicht zu bestehen. Nun ist in beiden, namentlich in Hannover, wie bei Hoftheatern geschieht, zuweilen mehr unkünstlerischer Luxus aufgewendet worden als nöthig war und ihr Etat ließe sich wahrscheinlich ohne Schaden für die Kunst etwas beschränken. Aber, da im Ganzen die Bedürfnisse und Kosten der Bühne in dauernder Steigerung begriffen sind, so würde sich doch empfehlen, beiden durch einen festen jährlichen Zuschuß den gegenwärtigen Etat zu erhalten, und dieselben entweder der Controle der Stadtcommune zu übergeben, oder, was für das Gedeihen der Bühnen besser sein wird, dieselben

als Staatsinstitute zu bewahren und unter Aufsicht des Oberpräsidenten oder Statthalters dem Ministerium des Cultus unterzuordnen, welchem — nebenbei bemerkt — auch die Bühnen in Preußen ebenso gut unterstehen sollten, wie die Akademie der Wissenschaften und der Universitäten.

Ungünstiger wird die Stellung der Universitäten Göttingen und Marburg innerhalb des preussischen Staats. Und diese Ungunst ist nicht ganz zu beseitigen, auch wenn die preussische Regierung beiden Universitäten das thätigste Wohlwollen erweist, ihr Budget bestehen läßt und ihre Dotation vergrößert. Denn um die ganze Wahrheit zu sagen und zugleich ein Argument unserer Gegner einzuschränken, — auf jedem Gebiet unseres Lebens war die Vielstaaterei vom Uebel, nur unsere Wissenschaft hat nach mancher Richtung dadurch gewonnen. Nicht durchweg und nicht überall. Die kleinen Landesuniversitäten, nothdürftig ausgestattet, nicht im Stande die neuen Disciplinen moderner Wissenschaft bei sich zu etabliren, vermögen fast nur durch Zwangsmaßregeln und alte Stipendien die Landeskinder, eine ungenügende Hörerzahl sich zu bewahren. Die Studenten, welche allein auf solchen Universitäten gebildet werden, behalten leicht einen engen Gesichtskreis, nicht nur für ihre Wissenschaft, auch für das Leben. Selten gelingt es solcher provinziellen Anstalt, ein bedeutendes Lehrtalent für längere Zeit zu erhalten, jede Gelehrtenkraft, welche dort heraufkommt, hat kaum Zeit sich einzuleben, bevor sie hinweggezogen wird, und auch der ewige Personenwechsel in den Fächern verhindert gedeihliche Lehre. Es ist nicht mehr möglich, den kleinen Universitäten zu neuer Blüthe zu helfen, vollends wenn sie nahe an einander liegen, wie Marburg und Gießen, Erlangen und Tübingen. Eine größere Centralisation des Lebens wird auch die Zahl unserer Universitäten vermindern und die kleineren, welche fortbestehen, werden sich resigniren und einzelne Fächer, z. B. das große Gebiet der Naturwissenschaften von sich ausschließen müssen. Damit werden sie freilich allmählig auch die medicinische Facultät verlieren und aufhören in bisheriger Weise Universitäten zu sein.

Aber die Vielstaaterei hat der deutschen Wissenschaft einen großen Dienst erwiesen, sie hat seit vier Jahrhunderten verhindert, daß auf den deutschen Lehrstühlen überall die gleiche wissenschaftliche Richtung protegirt wurde. Während in Preußen Stahl und Pernice Staatsrecht lehrten, vertraten außerhalb Mohl, Bluntschli, Zacharia eine entgegengesetzte Tendenz, während Hengstenberg und die Supranaturalisten die Theologie in ganz Preußen inscirten, bereiteten Baur und seine Schüler im Süden die heilenden Gegenmittel. Während der große Physiolog Müller die Anstellungen seines Faches in Preußen beeinflusste, erblühte unter Ludwig, Helmholtz u. a. im Südwesten eine in vielen Punkten entgegengesetzte Auffassung der Physiologie. Die Einseitigkeit der wissenschaft-

lichen Richtungen innerhalb des Staates ist schwer zu verhindern. Sie wird sich immer einstellen, wo die Staatsregierung ein Parteiinteresse zu begünstigen oder anzuseinden Veranlassung hat, zunächst in Theologie, Jurisprudenz, Geschichte, sie wird aber auch, weniger auffällig und doch ebenso beschränkend, in allen andern Disciplinen fühlbar werden. Denn auch in ihnen hat ein Ministerium des Cultus entweder selbst bestimmte Ansicht und Vorliebe oder es wird beeinflusst von einem bedeutenden Gelehrten, der in seiner Wissenschaft natürlich die eigene Richtung obenauf sehen will.

Deßhalb würde eine Centralisation der gesammten Universitätswissenschaft unter ein deutsches Ministerium neben großen Vortheilen auch Gefahren bereiten, der freien Forschung, und der wundervoll selbständigen Entwicklung der deutschen Wissenschaft.

Dieser Uebelstand ist allerdings zum größten Theil dadurch zu beseitigen, daß man den Universitäten selbst das Recht erweitert, durch Berufungen ihren Lehrerbestand zu ergänzen und nach dem Bedürfniß der Wissenschaft zu vervollständigen. Denn Facultäten und Senat einer Universität sind im Ganzen bessere Schützer freier wissenschaftlicher Forschung als ein Beamter des Cultusministeriums. Freilich sind auch sie in Gefahr, durch einzelne Mitglieder ihrer Corporation und durch eingelebte Richtungen übermäßig beherrscht zu werden. Aber diese Gefahr ist unvergleichlich geringer als eigenmächtiges Eingreifen der Regierungen und Ernennungen gegen den Willen der Facultäten. Es wird auch bei Erweiterung und gewissenhafter Beachtung des akademischen Wahlrechts einzelnen Disciplinen eine temporäre Verkümmern nicht erspart werden und den einzelnen Universitäten nicht große Einseitigkeit ihrer Richtung. Aber in diesem Falle wird eine derselben die andere corrigiren und der deutschen Wissenschaft wird im Ganzen die freie Entwicklung nicht dauernd beschränkt werden.

Da es für den Staat wünschenswerth ist, neben Rector und Senat eine stabile Verbindung der Universität mit der Regierung herzustellen, so empfiehlt sich die Ernennung eines Kanzlers oder Curators als Vermittler zwischen Universität und Regierung. Eine solche Stellung darf aber nicht Nebenposten eines höheren Beamten sein, sondern die gut dotirte Stellung eines unabhängigen und wissenschaftlich gebildeten Mannes, der, wenn nicht jetzt, doch nach sicherer Constituirung des deutschen Bundesstaates von der Universität selbst der Regierung vorgeschlagen wird.

Die preussische Regierung hat jetzt die Aufgabe, für Göttingen und Marburg zu sorgen. Wäre Gießen preussisch geworden, so würde eine Verschmelzung dieser Universität mit Marburg kaum hingereicht haben, eine große Universität zu fundiren, wie sie in der Gegenwart wünschenswerth ist. Jetzt wird man

den Hessen ihr Marburg nicht nehmen dürfen, aber man kann durch bessere Dotation desselben wenigstens einige Uebelstände, unter denen die kleine Universität leidet, vermindern. Wichtiger ist Göttingen, und vor dieser Universität, welche in den Geisteswissenschaften unter den ersten Deutschlands zählt, wird die preussische Regierung hohen Sinn zu bewahren haben. Es ist kein Geheimniß, daß, mit Ausnahme der Philologen und der jüngeren Lehrer, der größte Theil der älteren Professoren der Annexion abgeneigt ist. Möge man das der Universität nicht entgelten lassen, und ihr vor allem nicht die Selbständigkeit verkümmern. Will Preußen einen segensvollen Einfluß auf diese große Anstalt ausüben, so ist reiche Gelegenheit geboten, indem man dort die Naturwissenschaften, für die unter den Welfen verhältnißmäßig wenig geschehen, reichlicher bedenkt und durch das Einleiten ihrer Lehrkräfte die gegenwärtige Physiognomie der Akademie umformt.

Zu den größten Aufgaben, welche die neue Zeit der preussischen Regierung stellt, gehört, daß sie selbst die Bedürfnisse des geistigen Lebens in dem weiten Terrain, welches jetzt Preußen heißt, höher faßt. Und grade auf dem Gebiete der idealen Interessen ist in Preußen selbst noch am meisten zu thun. Das preussische Ministerium des Auswärtigen hat während dieser Wochen Gelegenheit in einem einzelnen Falle zu zeigen, daß es diese Interessen in ihren Schutz zu nehmen weiß. Der deutsche Bundesstaat hat sein wichtigstes Archiv verloren: das große Archiv des deutschen Reichserzkanzlers, des Kurfürsten von Mainz, war von Mainz nach Frankfurt geflüchtet worden, von da wurde es im Jahre 1852 durch Oestreich eigenmächtig nach Wien transportirt. Dieses Archiv gehört dem Bundesstaat. Jetzt, wo mit Oestreich um Theilung des gesammten Bundeseigenthums gehandelt werden soll, würde die Rückforderung einer Hauptquelle für die deutsche Reichsgeschichte unsere Geschichtswissenschaft zum größten Danke verpflichten.